

Die Begegnung der führenden Staatsmänner der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland war angesichts der gespannten internationalen Lage für die Erhaltung des Friedens, die Einstellung des Wett-rüstens und die Abrüstung sowie die Fortsetzung des Entspannungsprozesses von großer Bedeutung und Tragweite.

Mit dem Treffen wurde unter komplizierten internationalen Bedingungen der Ost-West-Dialog weitergeführt und vertieft, um das in Europa bei der Entspannung Erreichte zu bewahren, zu festigen und auszubauen. Die Begegnung unterstreicht, daß gerade in der heutigen Weltlage Kontakte auf hoher Ebene zwischen Ost und West für die Sache des Friedens notwendig sind.

Verlauf und Ergebnisse der Begegnung zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt sind ein überzeugender Beweis für die Lebenskraft der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen.

Entsprechend den Erfordernissen der heutigen Lage und ausgehend von der großen Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden, die sich aus ihrer geographischen Lage an der Trennlinie zwischen den beiden mächtigsten Militärkoalitionen der Gegenwart sowie aus ihrer historischen Verantwortung ergibt, standen die Friedenssicherung, die Rüstungsbegrenzung und die Abrüstung im Mittelpunkt der Gespräche.

Die Reden und Erklärungen Erich Honeckers während des Treffens haben international ein breites Echo und einen positiven Widerhall gefunden. Dabei wurde durch Erich Honecker insbesondere auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus dem Brüsseler Raketenbeschluß für den Frieden in Europa und die Sicherheit der Völker ergeben.

Mit gebotem Ernst hat er unterstrichen, daß im Schatten neuer amerikani-scher Atomraketen schwerlich gutnachbarliche Beziehungen gedeihen können. Die Unterstützung der DDR für die vom Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, L. I. Breshnew, während seines kürzlichen Besuches in der BRD unterbreiteten neuen Friedensvorschläge wurde bekräftigt.

Die von Erich Honecker und Helmut Schmidt erneut zum Ausdruck gebrachte Verpflichtung beider deutscher Staaten, nicht zuzulassen, daß von deutschem Boden jemals wieder ein Krieg ausgeht, erfordert nach Auffassung der DDR, sich aktiv einzusetzen für

- ernsthafte und substantielle Verhandlungen zu den Fragen von nuklearen Mittelstreckenwaffen zwischen der UdSSR und den USA mit greifbaren Ergebnissen in möglichst kurzer Zeit sowie für ein Moratorium über die Stationierung neuer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Europa entsprechend den Vorschlägen L. I. Breshnews;
- die Fortsetzung des SALT-Prozesses bei Erhaltung des bisher Erreichten;
- eine Deklaration über die Ächtung der Erstanwendung von Kernwaffen;